

Eine breite Markteinführung von Biokraftstoffen und die Nutzung aller ökologischen und wirtschaftlichen Vorteile, die sich daraus ergeben, ist nur im Rahmen einer Zwei-Wege-Strategie möglich. Das bedeutet, neben der Beimischungspflicht muss auch die Förderung von Rein-Biokraftstoffen konsequent betrieben werden. Die SPD spricht sich deshalb dafür aus.

- Rein-Biokraftstoffe steuerlich so zu behandeln, dass jederzeit gewährleistet ist, dass sie an der Tankstelle für den Endverbraucher billiger zu erwerben sind als fossile Kraftstoffe,
- Die aktuellen steuerlichen Regelungen dementsprechend zu korrigieren,
- In einem ersten Schritt die für Januar 2008 vorgesehene Steuererhöhung auf Biodiesel auszusetzen.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)

Initiativantrag 36

Zur Vorsorge und zum Schutz von Menschen und Natur: Deutschland vor Schaden durch Grüne Gentechnik bewahren

Die so genannte Grüne Gentechnik wird von der Mehrheit kritisch gesehen. Das bestätigen viele Umfragen. Mehr als 90 Prozent lehnen Lebensmittel mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ab. Weitere Gefahren werden für die Artenvielfalt und für den Tierschutz gesehen.

Eine besondere Dimension erhält die Diskussion durch die Tatsache, dass Verunreinigungen mit GVO nicht rückholbar sind. Alle Untersuchungen zeigen, dass keine ausreichenden Rahmenbedingungen formuliert werden können, die gentechnikanbaufreie Landwirtschaft in Koexistenz von GVO-Anbau sicherstellen können.

Für viele Regionen in der Bundesrepublik Deutschland gilt, dass sich die kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft mit ihren hohen Qualitätsstandards auf den Märkten besser positionieren kann, wenn die angebotenen Lebensmittel GVO-frei sind. Für den Verbraucher sind hohe Qualität und der gentechnisch veränderte Lebensmittel ein Widerspruch in sich. Auch im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit fordern wir den Verzicht auf grüne Gentechnik.

Diese Entscheidung muss umso leichter fallen, als es keinen ausreichenden wirtschaftlichen Grund gibt (aus dem der Gewinnmaximierung weniger großer Saatgutkonzerne), GVO in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelerzeugung einzusetzen.

Daraus ergeben sich für die SPD in Deutschland folgende Grundsätze für den Umgang mit Grüner Gentechnik. Wir fordern von allen, die politisch Verantwortung tragen, dass sich

zum Verzicht auf Gentechnikanbau und Grüne Gentechnik bekennen.

Im Einzelnen fordern wir von der Bundesregierung und von der SPD-Bundestagsfraktion,

- sich dafür einzusetzen, dass auf EU-Ebene die Möglichkeit zur Einrichtung verpflichtender gentechnikfreier Regionen eröffnet wird,
- sich dafür einzusetzen, dass EU-einheitliche Regelungen in allen Koexistenzfragen geschaffen werden,
- den Verzicht auf Freilandsversuche und Erprobungsanbau,
- die Freiheit für Landwirte, ohne GVO zu produzieren,
- dass GVO-Bauern auf eine Haftpflichtversicherung verpflichtet werden und nach dem Verursacherprinzip gesamtschuldnerisch für alle Schäden und Beeinträchtigungen haften. Wir lehnen kategorisch jede Schadensregelung ab, die die Risiken der gesamten Bauernschaft oder gar der ganzen Gesellschaft aufbürdet.
- die Beweislastumkehr bei GVO-Verunreinigungen,
- sich dafür einzusetzen, dass auf EU-Ebene die bestehende Grenze von 0,9 Prozent für Verunreinigungen durch Null-Toleranz ersetzt wird,
- sich dafür einzusetzen, dass auf EU-Ebene eine strikte und vollständige Kennzeichnungspflicht erfolgt. Wir fordern, dass tierische Lebensmittel wie Fleisch und Wurstwaren, Milch- und Milchprodukte sowie Eier gekennzeichnet werden müssen, wenn an die Tiere gentechnisch veränderte Futtermittel verfüttert werden,
- sich dafür einzusetzen, dass auf europäischer bzw. bundesdeutscher Ebene das rechtliche Instrumentarium geschaffen wird, dass Anbieter gentechnisch veränderter Organismen, die mangelnde Zuverlässigkeit gezeigt haben, mit Handelsverbot in Europa und in Deutschland belegt werden können.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)

Antrag U 59

Bezirk Hessen-Süd

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Mandatsträger der SPD in Bund, Ländern und Kommunen werden aufgefordert, weiterhin dafür einzutreten, dass ein für die Wohnungsversorgung ausreichender Bestand an bezahlbarem Wohnraum erhalten bleibt oder geschaffen wird.

(Angenommen)

**Parteitag der SPD
in Hamburg**

26. bis 28. Oktober 2007

Beschlüsse